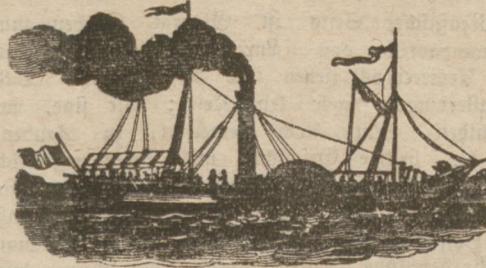


Danziger Dampfboot.

N° 79.

Mittwoch, den 3. April.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Poststraße Nr. 5, wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1867.

28ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spalte 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: Mettemeyer's Centr.-Büro. u. Annonc.-Büro.

In Leipzig: Eugen Fort. & Engler's Annonc.-Büro.

In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büro.

In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris:

Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

München, Dienstag 2. April.

In Folge des Auftretens der Luxemburger Frage stehen Aufforderungen der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Zurückweisung jedes fremden Übergriffs auf deutsche Territorien bevor. Schwäche Preußens in der Sache würde vom bayerischen Volke als Zustimmung zum Verlauf angesehen werden.

Paris, Dienstag 2. April.

Das kaiserliche Paar erschien gestern Mittags 2 Uhr in der Ausstellung.

London, Dienstag 2. April.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärt Lord Stanley, daß er etwas Bestimmtes über die Luxemburger Verhandlungen nicht mittheilen könne und daß er von einem Verkauf von russisch Amerika nichts erfahren habe. (Siehe unten.)

Holländische Geschäftstelegramme und Zeitungsnachrichten wollen behaupten, der Verkauf Luxemburgs sei definitiv aufgegeben. Man hält in unterrichteten Kreisen diese Meldungen um so weniger für richtig, als Pariser Nachrichten den holländischen widersprechen.

In Folge des in Rede stehenden Verkaufs von Luxemburg an Frankreich wird die beabsichtigte Reise des Königs von Preußen und des Kaisers von Russland zur Industrie-Ausstellung nach Paris als im Frage gestellt bezeichnet. (Vergl. unten.)

Konstantinopel, Montag 25. März.

Die Seiten Frankreichs durch eine formulierte Note, Seiten Österreichs, Russlands, Preußens und Italiens durch die betreffenden Gesandten einzeln und mündlich gemachten Vorschläge wegen der Abreitung Kandia's sind von der Pforte auf das Entschiedenste abgelehnt worden.

New York, Sonntag 31. März.

Die Vereinigten Staaten haben russisch Amerika für 7 Mill. Dollars gekauft. — Veracruz ist in Belagerungszustand erklärt.

Norddeutscher Reichstag.

25. Plenar-Sitzung. Dienstag, 2. April.

Präsident Simson eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Am Tisch der Bundeskommissare Graf Ipenplik u. a., später v. Roon, v. Savigny, v. d. Heydt. In der Hofloge Prinz und Prinzessin Karl, Prinz Wilhelm von Baden, der Kronprinz von Sachsen. — Über Abschnitt VIII. (Post- und Telegraphenwesen) findet keine Generaldiskussion statt; das Haus tritt gleich in die Spezialdiskussion. Art. 45 lautet: Das Postwesen und das Telegraphenwesen werden für das gesamte Gebiet des norddeutschen Bundes als einheitliche Staatsverkehrs-Anstalten eingerichtet und verwaltet. Die im Artikel 4 vorgesehene Gesetzgebung des Bundes in Post- und Telegraphen-Angelegenheiten erstreckt sich nicht auf diejenigen Gegenstände, deren Regelung nach den gegenwärtig in der preußischen Post- und Telegraphen-Verwaltung maßgebenden Grundsätzen, der reglementarischen Festsetzung oder administrativen Anordnung überlassen ist. — Abg. Becker beantragt, den Artikel 45 folgendemmaßen zu fassen: „Das den Bundesstaaten noch zustehende Post- und Telegraphenmonopol sowie der Postzwang sind aufgehoben. Die Post- und Telegraphen-Anstalten der Bundesstaaten gehen auf den Bund über. — Die Bedingungen für die Benutzung dieser Anstalten seitens des Publikums werden durch Gesetz geregelt.“ — Abg. Exleben und Francke beantragen: 1) Statt Staatsverkehrs-Anstalten zu seien Bundesverkehrsanstalten. 2) Am Schluß die Worte von „nach dem gegenwärtig“ bis „maßgebenden Grundsätzen“ zu streichen und am Ende des Art. 45 hinter „überlassen ist“ hinzuzufügen: „Bis zu anderweitiger gesetzlicher Regelung sind in dieser Beziehung die gegenwärtig bei der Königlich preußischen Post- und Telegraphen-Verwaltung maßgebenden Grundsätze anzuwenden.“ — Abg. Dr. Becker vertheidigt sein Amendment. Bundeskommisar Graf

Ipenplik erklärt sich im Interesse des Verkehrs dagegen, die Zulassung von Privatposten würde eine nicht zu bewältigende Verwirrung hervorrufen. — Abg. Dr. Schrappe meint, daß dem Art. 45 politische Motive unterliegen, die Regierung wolle das Post- und Telegraphenwesen allein in der Hand haben, um die politische Agitation überwachen zu können. Der Redner führt Fälle an, in welchen nach seiner Ansicht preußischerseits das Briefgeheimnis verletzt worden sei. — Handelsminister Graf Ipenplik gibt die ganz bestimmte Erklärung, daß das Briefgeheimnis in Preußen respektiert werde, und daß Briefe nur auf Requisition der Staatsanwaltschaft oder des Kriminalgerichts ausgeliefert werden. Er würde dem, der ihm für eine Verlegung des Briefgeheimnisses in Preußen die Daten liefere, zum größten Dank verpflichtet sein. — Abg. Exleben verteidigt sein Amendment. Nach einer Erläuterung des Ministers Graf Ipenplik, welcher die im Exleben'schen Amendment ausgesprochene Verbeziehung eines Gesetzes nicht für zweckmäßig hält, wird die Diskussion geschlossen. — Die Anträge von Becker und Exleben werden abgelehnt; und Art. 45 in der Fassung der Vorlage angenommen. Artikel 46 wird ohne Diskussion angenommen; derselbe lautet: Die Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens sind für den ganzen Bund gemeinschaftlich. Die Ausgaben werden aus den gemeinschaftlichen Einnahmen bestritten. Die Überschüsse fließen in die Bundesklasse. (Abschnitt XII.) Art. 47 lautet: Dem Bundespräsidium gehöre die obere Leitung der Post- und Telegraphen-Verwaltung an. Dasselbe hat die Pflicht und das Recht, dafür zu sorgen, daß Einheit in der Organisation der Verwaltung und im Betriebe des Dienstes, so wie in der Qualifikation der Beamten hergestellt und erhalten wird. Das Präsidium hat für den Erlass der reglementarischen Festsetzungen und allgemeinen administrativen Anordnungen, sowie für die ausschließliche Wahrnehmung der Beziehungen zu andern deutschen oder außerdeutschen Post- und Telegraphen-Verwaltungen Sorge zu tragen. Sämtliche Beamte der Post- und Telegraphen-Verwaltung sind verpflichtet, den Anordnungen des Bundespräsidiums Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Dienstfeld aufzunehmen. Die Aufstellung der bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie in den verschiedenen Bezirken erforderlichen oberen Beamten (z. B. der Direktoren, Räthe, Ober-Inspektoren), ferner die Aufstellung der zur Wahrnehmung des Aufsichts- u. s. m. Dienstes in den einzelnen Bezirken als Organe der erwähnten Behörden fungirenden Post- und Telegraphen-Beamten (z. B. Inspektoren, Kontrolleure) geht für das ganze Gebiet des norddeutschen Bundes von dem Präsidium aus, welchem diese Beamten den Dienstfeld leisten. Den einzelnen Landesregierungen wird von dem in Rede stehenden Ernennungen, soweit dieselben ihre Gebiete betreffen, behufs der landesherrlichen Bestätigung und Publikation rechtzeitig Mitteilung gemacht werden. Die anderen bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie erforderlichen Beamten, sowie alle für den lokalen und technischen Betrieb bestimmten, mithin bei den eigentlichen Betriebsstellen fungirenden Beamten u. s. m. werden von den betreffenden Landesregierungen angestellt. Wo eine selbstständige Landes-Post, bez. Telegraphen-Verwaltung nicht besteht, entscheiden die Bestimmungen der besonderen Verträge. — Abg. Exleben hat dazu folgendes Amendment gestellt: hinter „Sorge zu tragen“ einzuschalten: „in Betreff der mit demselben abzuschließenden Verträge vergleiche jedoch Artikel 11.“ — Minister Graf Ipenplik hält das Amendment für unpraktisch, da bei Postverträgen nicht auf die Genehmigung der Vertretung gewartet werden könnte; anders sei es, wenn solche Verträge Geld erfordern. — Abg. Lette schließt sich den Ausführungen des Ministers an. — Der Artikel wird in der Fassung der Vorlage angenommen. Art. 48 lautet: Zur Beseitigung der Berücksichtigung des Post- und Telegraphenwesens in den Hansestädten wird die Verwaltung und der Betrieb der verschiedenen dort befindlichen staatlichen Post- und Telegraphen-Anstalten nach näherer Anordnung des Bundespräsidiums, welches den Senaten Gelegenheit zur Neuherierung ihrer hierauf bezüglichen Wünsche geben wird, vereinigt. Hinsichts der dort befindlichen deutschen Anstalten ist diese Vereinigung sofort auszuführen. Mit den außerdeutschen Regierungen, welche in den Hansestädten noch Postrechte besitzen oder ausüben, werden die zu dem vorstehenden Zweck nötigen Vereinbarungen getroffen werden. — Abg. Chapeaurouge bittet um Mitteilungen über die Vereinigung des Postwesens der Hansestädte; der Minister Graf Ipenplik antwortet, dies hänge von den Verträgen ab. Der Artikel wird darauf ungeändert angenommen. Absatz Art. 49, welcher lautet: Bei Überweisung des Überschusses der Postverwaltung für allgemeine Bundeszwecke (Art. 46) soll, in Betracht der bisherigen Verschiedenheit der von den Landes-Postverwaltungen der einzelnen Gebiete erzielten Rein-Einnahmen, zum Zwecke einer entsprechenden Ausgleichung während der unten festgesetzten Übergangszeit folgendes Verfahren beobachtet werden: Aus den Post-Überschüssen, welche in den einzelnen Postbezirken während der fünf Jahre 1861 bis 1865 aufgekommen sind, wird ein durchschnittlicher Jahres-Überfluß berechnet, und der Anteil, welchen jeder einzelne Postbezirk an dem für das gesammte Gebiet des norddeutschen Bundes sich darnach herausstellenden Post-Überschuss gehabt hat, nach Prozenten festgestellt. Nach Maßgabe des auf diese Weise festgestellten Verhältnisses werden aus den im Bunde auftretenden Post-Überschüssen während der nächsten acht Jahre den einzelnen Staaten die sich für dieselben ergebenden Quoten auf ihre sonstigen Beiträge zu Bundeszwecken zu Gute gerechnet. Nach Ablauf der acht Jahre hört jene Unterscheidung auf, und fließen die Post-Überschüsse in ungetheilter Aufrechnung nach dem im Art. 46 enthaltenen Grundsatz der Bundesklasse zu. Von der während der vorgedachten acht Jahre für die Hansestädte sich herausstellenden Quote des Post-Überschusses wird alljährlich vorweg die Hälfte dem Bundespräsidium zur Disposition gestellt zu dem Zwecke, daraus zunächst die Kosten für die Herstellung normaler Posteinrichtungen in den Hansestädten zu bestreiten. — Es folgt die Debatte über Abschnitt IX. — Marine und Schiffahrt. Art. 50 lautet: Die Kriegsmarine der Nord- und Ostsee ist eine einheitliche unter preußischem Oberbefehl. Die Organisation und Zusammensetzung derselben liegt Sr. Maj. dem Könige von Preußen ob, welcher die Offiziere und Beamten der Marine ernnt und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eidiich in Pflicht zu nehmen sind. — Der Kieler Hafen und der Fahde-Hafen sind Bundes-Kriegshäfen. — Als Maßstab der Beiträge zur Gründung und Erhaltung der Kriegsflotte und der damit zusammenhängenden Anstalten dient die Bevölkerung. — Ein Etat für die Bundesmarine wird nach diesem Grundsatz mit dem Reichstage vereinbart. — Die gesamte seemannsche Bevölkerung des Bundes einschließlich des Maschinen-Personals und der Schiffshandwerker, ist vom Dienste im Landheere befreit, dagegen zum Dienste in der Bundesmarine verpflichtet. — Die Vertheilung des Erbpredarss findet nach Maßgabe der vorhandenen seemannschen Bevölkerung statt und die hierauf von jedem Staate gestellte Quota kommt auf die Gestaltung zum Landheere in Abrechnung. — Zu diesem Artikel liegen folgende Abänderungs-Vorschläge vor: I. Amendement Schleiden: Der Reichstag wolle beschließen: den Eingang des Art. 50 folgendermaßen zu fassen: Die Bundes-Kriegsmarine ist eine einheitliche unter preußischem Oberbefehl ic., zwischen dem ersten und zweiten Alinea des Art. 50 das folgende neue Alinea einzuschalten: Die Flagge der Bundesmarine ist schwarz-weiß-roth. — II. Amendement v. Vincke (Obendorff). Der Reichstag wolle beschließen: das Alinea 3 des Art. 50 zu streichen und statt dessen folgenden Satz anzunehmen: Der zur Gründung und Erhaltung der Kriegsflotte und der damit zusammenhängenden Anstalten erforderliche Aufwand wird aus der Bundesklasse bestritten. Das Alin. 4 des Art. 50 zu streichen. — III. Amendement Fries: In dem 4. Satze die Worte: nach diesem Grundsatz, zu streichen — Die Diskussion über diesen Artikel eröffnet der Abg. Meier (Bremen). Er führt aus, daß eine Kriegsmarine zum Schutz des deutschen Handels absolut notwendig sei. Auch er habe gegen die Fassung des Art. 50 manche Bedenken: allein er wolle keine Abänderungen vorschlagen und für den Art. 50 stimmen. — Der Abg. de Chapeaurouge wünscht eine Flotte, die die deutschen Küsten schütze, ohne den finanziellen Ruin der verbündeten Staaten herbeizuführen. — Der Abg. Dr. Schleiden befürwortete seine Abänderungs-Vorschläge. — Nach dem Abgeordneten Schleiden ergriff das Wort der Reichstags-Kommissarius Kriegs-Minister v. Roon: Die Fragen, ob die Handelsmarine der Kriegsmarine oder die Kriegsmarine der Handelsmarine wegen da sei — sollte man, so wie geschehen, gar nicht stellen. Wenn gesagt worden

sei, daß die Handelsmarine eines Schutzes gar nicht bedürfe, so sei es allerdings richtig, daß derjenige das Schwert nicht gebrauchen könne, der es überhaupt nicht führe; daß derselbe aber trotzdem durch das Schwert umkommen könne, werde man wohl nicht bestreiten. Die Flagge für die Kriegsmarine festzustellen, sei Sache Sr. Maj. des Königs. Er müsse sich daher gegen die von dem Abg. Schleiden eingebrachten Anträge erklären. — Der Reichstags-Kommissarius hr. v. Savigny bemerkte, daß auch zukünftig in vielen Fällen Personen aus dem Handelsstande mit den konsularischen Geschäften betraut werden würden. Bei dem Bombardement von Valparaiso habe der dortige preußische General-Konsul v. Löwenhagen den deutschen Handelsleuten sehr wesentliche Dienste geleistet. Der Abg. Weber-Stade wendete sich energisch gegen die während der Diskussion gefallene Aeußerung, daß die Handelsflotte des Schutzes einer Kriegsmarine gar nicht bedürfe. Wenn die Hansestädte einen sehr blühenden Handel hätten, so hätten sie solchen nicht, weil, sondern trotzdem sie keine Kriegsschiffe hätten. Der Abg. v. Vincke-Olbendorf begründet das von ihm eingebrachte Amendment. Der Abg. Grumbrecht wies nachdrücklich darauf hin, daß die Schaffung einer Kriegsmarine nicht blos eine kommerzielle, sondern wesentlich auch eine nationale Frage sei. Der Abg. Meier-Bremen erwähnte, daß die Hansestädte einen Handels-Vertrag mit China nur in Folge der Vermittlung Preußens hätten abschließen können; einen Handels-Vertrag mit Japan hätten dieselben aber deshalb nicht erzielen können, weil sie eben eine Kriegsflotte nicht hätten. — Der Abg. v. Vincke (Hagen) befürwortete das Amendment v. Vincke (Olbendorf). Das Haus schriff zur Abstimmung. Das Amendment Fries wurde verworfen. Das Amendment Schleiden in seinem ersten Theil, und die Vorschläge des Abg. v. Vincke (Olbendorf) wurden genehmigt; mit den genannten Abänderungs-Vorschlägen wurde sodann der ganze Artikel 50 angenommen. Den 2. Theil seines Amendments zog der Abg. Schleiden zurück. — Der Art. 51 lautet: Die Kaufahrtsschiffe aller Bundesstaaten bilden eine einheitliche Handelsmarine. Die Kaufahrtsschiffe sämtlicher Bundesstaaten führen dieselbe Flagge, schwarz-weiß-roth. Der Bund hat das Verfahren zur Ermittlung der Ladungsfähigkeit der Seeschiffe zu bestimmen, die Ausstellung der Meßbriefe, sowie der Schiffs-Certifikate zu regeln und die Bedingungen festzustellen, von welchen die Erlaubnis zur Führung eines Seeschiffes abhängt. In den Seehäfen und auf allen natürlichen und künstlichen Wasserstraßen der einzelnen Bundesstaaten werden die Kaufahrtsschiffe sämtlicher Bundesstaaten gleichmäßig zugelassen und behandelt. Die Abgaben, welche in den Seehäfen von den Seeschiffen oder deren Ladungen für die Benutzung der Schiffahrtsanstalten erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung dieser Anstalten erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Errichtung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden. Diese Abgaben, so wie die Abgaben für die Benutzung solcher künstlichen Wasserstraßen, welche Staats Eigentum sind, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung der Anlagen erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Auf die Flößerei finden diese Bestimmungen in soweit Anwendung, als dieselbe auf schiffbaren Wasserstraßen betrieben wird. Auf fremde Schiffe oder deren Ladungen andere oder höhere Abgaben zu legen, als von den Schiffen der Bundesstaaten oder deren Ladungen zu entrichten sind, steht keinem Einzelstaate, sondern nur dem Bunde zu. — Zu diesem Artikel hatte der Abg. Fchr. v. Rabenau folgenden Abänderungsvorschlag eingereicht: das zweite Alinea des Art. 51 zu streichen und statt dessen nach Art. 51 einen besonderen Artikel beizufügen, des Inhalts: Die Flagge der Kriegs- und Handels-Marine ist schwarz-weiß-roth. — Der Abg. Dunker (Berlin) sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Kriegsflagge nicht schwarz-roth-gold sei; der Abg. Fürst v. Eichnowsky bemerkte: entscheidend seien die Sachen und nicht die Farben; sein verstorbener Bruder würde aber heute für die von dem Vorredner vorgeschlagenen Farben nicht stimmen. — Das Amendment v. Rabenau und mit ihm der ganze Art. 51 wurden angenommen. — Es folgte die Diskussion über Abh. X. Konsulatwesen. Dieser Abh. enthält nur einen Art. (52), welcher lautet: Art. 52. Das gesammte Norddeutsche Konsulatwesen steht unter der Aufsicht des Bundes-Präsidiums, welches die Konsuln, nach Verneinigung des Ausschusses des Bundesrats für Handel u. Verkehr, anstellt. — In dem Amteibezirk der Bundes-Konsuln dürfen neue Landes-Konsulate nicht errichtet werden. Die Bundes-Konsuln üben für die in ihrem Bezirk nicht verirrten Bundesstaaten die Funktionen eines Landes-Konsuls aus. Die sämtlichen bestehenden Landes-Konsulate werden aufgehoben, sobald die Organisation der Bundes-Konsulate dergestalt vollendet ist, daß die Vertretung der Einzel-Interessen aller Bundesstaaten, als durch die Bundes-Konsulate gesichert, von dem Bundesratthe anerkannt wird. — Das Haus nahm den Art. 52 an. — Schluß der Sitzung 2 Uhr 35 Min. Nächste Sitzung: Mittwoch, den 3. April, Worms, 10 Uhr. Tagesordnung: Generalkonferenz über Abh. XI. Bundes-Kriegswesen.

Politische Rundschau.

Die bereits circulirenden Gerüchte von der beabsichtigten Abtreitung Luxemburgs werden nicht allein aufrecht erhalten, sondern mit großer Bestimmtheit neue, bekräftigende Nachrichten verbreitet. Der Unterpräfekt von Verdun, der in den letzten Tagen Luxemburg bereist hat, soll nach Paris berichtet haben, daß bei einer etwaigen Abstimmung Aussichten für Frankreich vorhanden seien; dann, heißt es, sollen Petitionen an den König von Holland um Einverleibung

des Großherzogthums in Frankreich vorbereitet werden sein und eine große Anzahl französischer Agenten sich im Lande befinden, um Unterschriften zu diesen Petitionen zusammenzubringen.

Außerdem soll in einer der letzten Sitzungen des geheimen Rathes zu Paris die Frage aufgeworfen worden sein, ob der Erwerb Luxemburgs wirklich im Interesse Frankreichs liegen dürfte, oder ob nicht die daraus für Frankreich hervorgehenden Nachtheile größer als die Vortheile sein würden. Die Majorität im geheimen Rathe soll sich für das Geschäft ausgesprochen haben. In ein definitives Stadium sei die Angelegenheit jedoch noch nicht gelangt.

Preußischer Seit ist General Goeben zum Kommandanten von Luxemburg ernannt und drei Armeecorps ziehen ihre Reserven ein. Das ist allerdings noch kein Krieg; wir sind, im Gegentheil, heute noch berechtigt, zu glauben, daß die heilige Geschichte mit Luxemburg sich friedlich glätten wird. Inzwischen müssen wir uns natürlich auf die Möglichkeit vorbereiten, daß diese Hoffnung nicht in Erfüllung geht. Wenn man diese Vorbereitung „rüsten“ nennt, dann scheinen wir zu rüsten. Schon dieser Schein des Rüstens verstößt die Geschäfte und drückt die Course herunter. Man kann daraus abmessen, was erst sein würde, wenn wir Krieg hätten. Trotzdem aber und allemal: wenn es nicht anders sein kann und wir müssen Krieg haben, so werden wir noch einmal die schwere Zeit durchmachen, die der Krieg unvermeidlich im Gefolge hat. Will man da drüber an der Seine die vergilzte Idee von der Präpondanz Frankreichs in Europa nicht fahren lassen; will man nur die eigene nationale Empfindlichkeit bis zur jungenfrischen Prüderie geschont wissen, ohne Respekt vor unsrer nationalen Empfindlichkeit, dann allerdings bleibt nichts übrig, als Kraftmessung. Jammerschade, daß dieser, bei fortwährender französischer Annahzung auf die Dauer unvermeidliche Ringkampf zwischen Deutschland und Frankreich nicht schon gleich im vorigen Jahre hat zum Austrag gebracht werden können. Ohne die unglückselige Cholera würde das auch wohl geschehen sein, und Vieles wäre dann heute schon ganz anders. Wir hatten nach dem Prager Frieden gedacht, die Katastrophe würde sich noch auf länger hinausschieben. Kann es aber nicht sein, — nun denn in Gottes Namen drauf!

Auch Österreich scheint jetzt in der luxemburgischen Frage Stellung annehmen zu wollen; aus Wien wird nämlich geschrieben, daß an den kaiserlichen Gesandten in Berlin eine Weisung Seitens seiner Regierung ergangen sei, dem Berliner Cabinet zu erklären, daß Österreich sich die Pflichten, von welchen es formell zwar entbunden, freiwillig auferlegen werde, sobald eine ernste Prüfung an Deutschland herantrete sollte. In Stunden der Gefahr würde es nicht blos hinter, sondern neben Deutschland zu finden sein.

Über das Verhältniß Österreichs zu Preußen wird ferner mitgetheilt, daß in etwa einem Monat ein politisches Bludniß zwischen den beiden Mächten abgeschlossen sein würde, und der Prager „Politik“ wird von zuverlässiger Seite gar gemeldet, daß am 26. v. M. schon die Präliminarien einer Alliance zwischen Österreich und Preußen vereinbart worden seien, und über die Details die Verhandlungen fortgesetzt würden. Diese Nachricht wird indessen noch sehr der Bestätigung bedürfen!

Aus Österreich verlautet ferner, daß zwischen dem Cardinal Rauscher und Herrn v. Beust eine Entente vereinbart worden, welche dem jetzigen Ministerium die Unterstützung des hohen Clerus zu sichern bestimmt ist.

Aus Florenz wird geschrieben, daß vor einigen Tagen eine Deputation italienischer Senatoren bei Riccioli gewesen sei, die förmliche Verzichtserklärung der italienischen Regierung auf Rom beantragt hat. Der Ministerpräfident soll indeß erklärt haben, daß er sich niemals dazu verstehen werde; man würde Rom an sich herankommen lassen, ohne vorläufige Schritte zu thun; früh oder spät würde es kommen müssen, wenn die Stunde der Erlösung geschlagen habe.

Der russische Graf Stroganow, wird ferner berichtet, sei in Rom angelkommen, um die diplomatischen Beziehungen zwischen dem heiligen Stuhl und St. Petersburg wieder anzuläppen.

Bon zuverlässiger Seite erfahren wir, daß über die Reisen Sr. Majestät des Königs folgendes festgestellt ist: Sr. Majestät wird zunächst einen Ausflug nach Holstein und Schleswig machen, dann, wahrscheinlich Anfangs Mai, die neuen südlichen Provinzen Preußens besuchen, in Böhmen behufs einer Brunnen-

kur längeren Aufenthalt nehmen und von da aus, der Einladung des kaiserlich französischen Hofs folgend, zur Weltausstellung nach Paris reisen.

Der Baron v. Schleinitz, als Minister des königl. Hauses, und Baron Rothomb, als belgischer bevollmächtigter Minister, haben am 29. März den Vertrag wegen der Heirath des Grafen von Flandern und der Prinzessin zu Hohenzollern unterzeichnet. Die Vermählung ist auf den 25. April angesetzt. Am 23. trifft der König der Belgier mit dem Grafen Flandern in Berlin ein.

Am 1. April vollendete Graf Bismarck sein 52tes Lebensjahr.

Herr v. Rothchild beabsichtigt ganz nach Berlin überzusiedeln.

Nach dem soeben ausgegebenen Fraktionenverzeichniß des Reichstags zählt die Fraktion der Conservativen 58, die freie conservative Vereinigung 40, die Fraktion der National-Liberalen 79, das Centrum (Altliberale) 27, die Linke 19 Mitglieder. Es bestehen noch außerdem die polnische Fraktion, die bürgerlich-constitutionelle (Hannoveraner, Sachsen, Schleswig-Holsteiner) und die freie parlamentarische Vereinigung (v. Carlowitz-Bockum-Dolffs), von denen das offizielle Verzeichniß die Zahlen nicht angibt.

Zur Vermeidung der umfassenden Einbringung von Amendements wird man im Reichstage nun doch noch zu Kommissionsarbeiten, aber in anderer Weise, wie es bisher üblich war, zurückgreifen. Schon hat sich eine freie Eisenbahn-Kommission gebildet, welche über die von ihr beabsichtigten Vorschläge mit dem Handelsministerium unterhandelt; wie man hört, sind auch andere ähnliche Vereinbarungen bevorstehend.

Die Besorgniß, daß der Theil der Verfassungsberathung, welcher die Heeresfrage betrifft, zu lebhafsten und langwierigen Debatten führen möchte, dürfte insofern unbegründet sein, als der Vermühlungsvorschlag, die Armee-Angelegenheit durch Bewilligung eines Pauschquantums für die nächsten Jahre vorläufig abzumachen, unter den jetzigen Umständen Aussicht auf Erfolg haben soll.

Graf Bismarck wird die Diätenangelegenheit ebenso wenig zu einer Kabinetsfrage machen, wie die Nichtwählbarkeit der Beamten. Als ihm die Conservativen erklärt, das Resultat werde gegen ihn ausspielen, soll er gesagt haben: „Ich werde dem Bundesrat Mittheilung davon machen, daß die Bundesregierungen durch Auszahlung von Diäten an ihre gegenwärtigen Abgeordneten selbst Schuld daran seien, wenn wir majorisiert werden. Hätten alle Bundesstaaten so gehandelt wie Preußen, Mecklenburg und Neuß ältere Linie, so würde es nicht zur Majorisierung durch den Reichstag kommen.“

Der Reichstagsabgeordnete Salzmann beabsichtigt, im Parlament eine Petition aus Neuß mit zahlreichen Unterschriften einzubringen, welche um Annexion an Preußen bittet.

Die Verhandlungen des Reichstags werden mit einer fabelhaften Hast betrieben; unter 6 Stunden dauert selten eine Sitzung; die Klagen der Journalisten hierüber sind allgemein; die Abgeordneten haben allerdings Zeit, sich zu erholen und zu erfrischen, da sie ja nicht zuzuhören, sondern blos abzustimmen brauchen; und diesen Vortheil nutzen sie grade jetzt, wo die „langweiligen“, aber grade nicht „unwichtigeren“ Abschnitte, welche die materiellen Interessen der Bundesangehörigen betreffen, an die Reihe kommen, in bedeutendem Maße aus.

Es ist im Laufe der Verhandlungen des Reichstags von competentester Seite ausgesprochen, daß durch die schwedenden europäischen Unterhandlungen, auch durch die Möglichkeit einer kriegerischen Erledigung der schwedenden Fragen die Fortbildung der Verfassung keinesweges ausgeschlossen ist. Nun, zu dieser Fortbildung gehört auch die Vereinbarung mit den Rechten, Interessen und mit dem Wohl der Nation. Von diesen Rechten ist in dem Reichstag, über welchem die unvermeidlich und nötig gewesenen Abmachungen mit den verbliebenen Regierungen und die Gefahren der gesamten europäischen Situation lasten, bisher noch nicht viel die Rede gewesen. Durch die Gefahren der Lage können sie aber nicht antiquirt werden; im Gegentheil, durch den Mut und durch die Zuversicht, mit welcher die Nation an der Bewältigung dieser Gefahren teilnimmt, werden sie die Kraft zu ihrer Geltendmachung gewinnen und sich die endliche Anerkennung erwerben.

Eine Anzahl von Reichstags-Abgeordneten war am Sonnabend Abend zur Soiree bei Sr. K. H. dem Kronprinzen eingeladen und wurde mit großer Auszeichnung empfangen. Es waren meist Mitglieder der Centrum-Fraktionen.

— Dem englischen Botschafter soll Bismarck auf die Frage, was denn eigentlich in der Luxemburger Angelegenheit geschehen sei, erwiedert haben: „Es ist nichts geschehen,” und dem französischen auf die Erkundigung nach der Stärke der preußischen Besatzung in der Festung: „In Luxemburg, oh, da liegen über eine Million Deutscher.“

— Durch königliche Kabinets-Ordre sind die bisherigen hannoverschen Stadt-Kommandanten, 17 an der Zahl, sämlich in den Ruhestand versetzt. Als Pension soll ihnen ausnahmsweise in Rücksicht auf ihr zum Theil sehr hohes Alter und ihre lange Dienstzeit der Betrag ihres gegenwärtigen Einkommens, jedoch mit Auschluß der Dienstwohnung, gewährt werden.

— Das zu Oldenburg gehörige Fürstenthum Birkenfeld, eine Enclave des preußischen Regierungs-Bezirks Trier, feiert am 16. April das fünfzigjährige Fest seiner Zugehörigkeit zu Oldenburg. Man erwartet bei dieser Gelegenheit Demonstrationen zu Gunsten des Anschlusses an Preußen.

— Vor einigen Tagen erschien in München eine Broschüre: „Offenes Sendschreiben an den Erzbischof von München“, die in katholischen und conservativen Kreisen das größte Aufsehen macht. Der Verfasser sucht vom specificisch-katholischen Standpunkte Propaganda für Preußen zu machen. Die katholische Bevölkerung verhält sich indes nach den Versicherungen bayerischer Blätter kühl und ablehnend gegen die Vokalungen dieser Broschüre, welche den Leuten von unbekannten Gebern in die Häuser geschickt und massenhaft verschleudert wird.

— Im Laufe dieses Jahres sollen noch vier Werke, welche zur Befestigung von Wien dienen, in Angriff genommen und auch vollendet werden. Jedes der Werke ist auf eine Kostensumme von 1 Million Gulden veranschlagt.

— Der Entwurf über die Reorganisation der französischen Armee stößt fortwährend auf großen Widerstand in ganz Frankreich. Unter diesen Umständen erregt die Broschüre eines französischen Generals Aufsehen. Derselbe behauptet nämlich, Frankreich habe vollständig genug mit einer jährlichen Aushebung von 100,000 Mann, die fünf Jahre in der aktiven Armee und drei Jahre in der Reserve bleiben würden. Es könnte damit 5 bis 600,000 Mann ins Ausland senden. Für den Fall, daß ein allgemeiner Angriff gegen Frankreich stattfinden würde, genügt es ihm zu folge, alle alten Soldaten und die, welche nicht gedient und noch nicht ein gewisses Alter erreicht haben, unter die Waffen zu rufen.

— Der kaiserliche Prinz befindet sich noch immer nicht auf dem Wege gänzlicher Besserung.

— Auch eine Schneider-Strike will sich in Paris begeben. Die Schneidergefäßen arbeiten täglich, wenn sie nicht per Stück bezahlt werden, 11 Stunden und erhalten für jede Stunde 12 Sous (=60 Cts.). Sie verlangen jetzt per Stunde 15 Sous (=75 Cts.) und bei Arbeit auf das Stück eine Erhöhung des Lohnes von 20 p.Ct.

— Nach einem in Marseille an der Börse angelegten Telegramme hat in Neapel ein Erdbeben stattgefunden.

— Ein Regierungs-Telegramm aus Algier meldet, daß im Hafen von Algier das Transportschiff Saone mit 589 Österreichern und 16 Franzosen, so wie die Nièvre mit 1030 Österreichern aus Mexiko glücklich angelangt sind; gleichzeitig traf in Oran der Aveyron mit 1891 Soldaten der Fremdenlegion ein.

— Aus London wird von einem allgemeinen Darniederlegen aller Geschäfte gemeldet; nur die Theater und Concertsäle haben bisher keinen Grund zu Klagen gegeben.

— Die Aquinoctialstürme haben an den englischen Küsten noch nicht ausgetobt, und fast kein Tag vergeht, wo nicht ein oder mehrere Schiffsunfälle gemeldet werden.

— Im Laufe des vorigen Jahres sind in Russland 25,241 Personen zur orthodoxen Kirche übergetreten; darunter waren 25,194 Römisch-Katholische, 9 Protestant, 36 Israeliten und 2 Belänner des Islams.

— Das Organ der russischen Adelspartei, der „Wief“, weist mit bedenklicher Miene auf die Folgen hin, welche die Emancipation der Leibeigenen gehabt habe. Die Production des Landes nehme nicht zu, sondern ab; denn die freien Bauern, die jetzt über ihre Zeit und über ihr Besitzthum nach Belieben schalten könnten, arbeiten um so weniger und trinken desto mehr.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 3. April.

— Eine Anzahl derjenigen Frauen und Jungfrauen in den verschiedenen Landesteilen, welche sich in dem vorjährigen Kriege verdient gemacht und den Louisen-Orden nicht erhalten konnten, haben ein anerkennendes Schreiben Ihrer Maj. der Königin Augusta erhalten. Darunter gehören: Frau General-Lieut. von Borcke und Frau Regierungs-Präsident von Prittwitz hier selbst.

— Der gesteigerte Güter-Berkehr auf der Königl. Ostbahn bedingt auf vielen Stationen die Erweiterung der Betriebs-Gebäude, und so hat sich auch auf dem Bahnhof Hohenstein die Nothwendigkeit eines Güterschuppens herausgestellt, dessen Bau nunmehr zur Ausführung kommen soll. Am 10. d. Ms. steht bereits ein Submissions-Termin zur Verdingung der Zimmer- und Dachdecker-Arbeiten für denselben bei der Betriebs-Inspektion an.

— Im ganzen Bereich der Ostbahn und im direkten Berkehr zwischen der Ostbahn und den Stationen Berlin und Fürstenwalde der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn soll versuchsweise und widerrechtlich unter den Bedingungen des Betriebs-Reglements und Tarifs Passagier-Gepäck ohne Lösung von Billets zu allen Zügen, mit Ausnahme jedoch der Courierzüge, gegen Entrichtung der gewöhnlichen Gepäckfracht, jedoch ohne Freigewicht, zur Beförderung angenommen werden, wosfür als Minimalzoll der Betrag von 5 Sgr. erhoben wird. Am Beflammungsort kann das Gepäck, ohne Lagergeld zu zahlen, 3 Tage liegen.

— Die Etablierung der Kirchhöfe mehrerer hiesiger Stadt-Sprengel bei Aler-Engel hängt noch von der Entscheidung der kgl. Regierung ab, und kann daher mit der Errichtung derselben noch nicht begonnen werden, obgleich die zur Bepflanzung derselben erforderlichen Bäume bereits seit längerer Zeit hinter dem Allee-Warterhause deponirt sind.

— [Theater.] Herr Colomann-Schmidt eröffnete gestern sein Gastspiel an unserer Bühne als Cleazar in Halevy's „Jüdin“. Man hat es hier mit einem Sänger zu thun, der nicht nur über bedeutende Mittel gebietet, sondern dieselben auch künstlerisch zu verwerten weiß. Leidenschaftlichkeit, Gefühl und Affekt, wie sie sich in den Phasen der historischen Ereignisse und in dem Conflicte der verschiedenartigsten Seelenelemente des Cleazar bis zur Katastrophe steigern, mußte der Sänger zu entschiedener Klarheit des Verständnisses eben so sehr, als zur poetisch ergreifenden Wahrheit zu gestalten, und wenn wir dabei seinen in technischer Beziehung so fein gebildeten, von den Accenten wahrhafter Empfindung durchhauchten Gesang in Betracht ziehen, so müssen wir ihm unbedingt eine herzliche und wirklich empfundene Anerkennung zollen. Wie könnte es auch anders sein, wenn wir als Genossen des Juden eine Necho (Frl. Schmidt) hören und sahen, welche im Felde des dramatischen Gesanges einen sehr ehrenvollen Platz einnimmt. Desterer Hervorruß und sonstige Beifallsbezeugungen erhielten das Künstlerpaar. Wir sehen den weiteren Gastspiel-Aufführungen des Herrn Colomann-Schmidt mit vielem Interesse entgegen.

— Wie wir von vielen competenten Kunstrichtern gelesen und gehört, soll eine der vorzüglichsten Rollen unseres Petersburger Gastes die des Lord Bolingbroke sein, und der Künstler ließ sich um so leichter bestimmen, in diesem anerkannt besten Lustspiel des geistreichen Scribe aufzutreten, als die sämmtlichen Rollen darin an unserer Bühne — Frau Director Fischer an der Spitze — ganz vortrefflich besetzt sind, und sonach der beste Totaleindruck zu erwarten ist.

— Morgen Abend wird im Gewerbe-Verein Herr Dr. Lampé seinen Vortrag über „Töne und Klänge“ fortführen.

— Bei dem am 1. d. stattgehabten Examen der hiesigen Handels-Akademie erhielten sämmtliche 19 Abiturienten das Zeugnis der Reife, und zwar mit dem Prädikate „vorzüglich“ Schumann und Hölfss, mit dem Prädikate „Gut“ Walter, Wendt, Morwitz, Donner, mit dem Prädikate „herrlich“ Nodt, Aronson, Rosenthal, Kleemann, Klaassen, Diedhoff, Chomse, Jacob, Neßlaff, Schröder, Harpf, Reiche und Lawrence.

— Zu den Lieblings-Ideen vieler hiesigen Einwohner gehört auch das Projekt der Verlängerung der Langenbrücke vom grünen Thor ab nach dem Buttermarkt. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß dadurch die Passage ungemein an Annehmlichkeit und Schönheit gewinnen würde; indem der triste Anblick von schmutzigen Ausmündungen der Trümmer-Kanäle dadurch gänzlich beseitigt werden könnte. Wir

empfehlen daher die Realisierung dieses Projektes den dortigen Grundstücks-Besitzern, weil dieselben am Meisten dabei gewinnen würden.

— Morgen steht der Termin zum öffentlichen Verkauf der im Laufe des Winters in den Revieren der kgl. Oberförsterei zu Stangenwalde und Sonnabend für das in der Oberförsterei zu Oliva geschlagene Bau-, Kloben- und Knüppelholz an.

— [Weichsel-Projekt vom 2. April.] Terespol-Calm regelmäßig per fliegende Fähre; Warlubien-Graudenz per Kahn bei Tag und Nacht; Czerwinski-Marienwerder per Kahn bei Tag und Nacht. Uebergang bei Thorn.

Schönec. Der Postillon Damroth, der während der Fahrt wahrscheinlich eingeschlafen war, fuhr bei Wenzlau gegen den Schlagbaum, zerstörte sich das Kind an demselben und zerbrach das Genick. Er war Familienvater. Die Pferde blieben stehen, weshalb dieser Unfall für die Passagiere keine weiteren übeln Folgen hatte.

Gerichtszeitung.

Schwurgerichts-Sitzung vom 2. April.

[Wechselschaltung.] Anfangs September v. J. wurden am biegsigen Orte mehrfach zwei Wechsel über 25 resp. 35 Thlr., ausgestellt von Karl Beier, acceptirt von Herrn Rud. Karowski, zum Käufe angeboten, von denen es sich bald herausstellte, daß sie gefälscht waren, da die Unterschrift des Ausstellers und Giranten Karl Beier, weder von diesem selbst, noch von einem Anderen, der mit Beier's Wissen und Willen unterschrieben, herührten. Der Müllergefelle Karowski, ein wegen Diebstahls bereits mit Zuchthaus bestraftes Subjekt, ist der Fälscher und der Geschäfts-Commissionair Boblitz der Theilnahme daran angeklagt. Karowski suchte im Herbst v. J. angeblich um ein Mühlengrundstück anzukaufen, Geld und wendete sich deshalb an Boblitz. Dieser wollte es versuchen, Geld zu beschaffen, weshalb zwei Wechsel über 25 resp. 35 Thlr. geschrieben und von Karowski acceptirt wurden. Ein Aussteller befand sich auf den Wechseln nicht. Mit dem Accepte über 25 Thlr. erschien eines Tages im September v. J. Boblitz bei dem Rentier Latendorf und bot diesem dieselben zum Käufe an. Latendorf lehnte ab, auch dann, nachdem Boblitz sich erboten hatte, die Unterschrift des Blockmachermeistr. Carl Beier zu beschaffen. Nachdem hat Boblitz diesen Wechsel aber schon, mit der Unterschrift des Blockmachermeistr. Carl Beier verschickt, dem Eigentümer Herdemertens zum Käufe angeboten. Letzterer nahm denselben an sich und schickte ihn zunächst dem Beier zur Recognition der Unterschrift. Beier erklärte die Unterschrift gefälscht. An demselben Tage war Boblitz mit dem zweiten Karowskischen Accept über 35 Thlr. beim Geschäfts-Commissionair Märkens gewesen und hatte diesem den Wechsel zum Käufe angeboten. Da Märkens das Accept nicht kaufen wollte, fragte ihn Boblitz, ob er es vielleicht dann kaufen wollte, wenn noch die Unterschrift des Blockmachermeisters Beier beschafft werde. Mit dieser Unterschrift, erklärte Märkens, den Wechsel kaufen zu wollen. Am Nachmittage desselben Tages erschien Karowski und Boblitz bei Hrn. Märkens, erfuhr aber dort, daß letzterer zu seinem Schwager nach Kneipab gegangen sei, weshalb sie sich sofort dorthin begaben. Auf Langgarten begegneten sie dem Gastwirth Meier aus Heubude. Boblitz fragte den Meier, ob er einen Wechsel über 35 Thlr., acceptirt von Karowski und mit der Unterschrift des Blockmachermeisters Beier verschickt, laufen, resp. für ihn verkaufen wollte. Boblitz zeigte dem Meier den Wechsel, er überzeugte sich, daß auf demselben sich die Unterschrift und das Giro des Beier befand; da ihm die Unterschrift indeß verdächtig vorkam, erklärte er, sich zunächst über die Rechttheit der Beier'schen Unterschrift Gewissheit verschaffen zu wollen. Hierauf rief Boblitz dem Meier den Wechsel aus der Hand mit der Neufrage: „wenn er so viel Umstände mache, so solle er den Wechsel nur wiedergeben, der Märkens habe ihm schon die Abnahme desselben versprochen.“ Karowski und Boblitz begaben sich nunmehr nach Kneipab, wo sie den Märkens aufsuchten und demselben den Wechsel übergaben. Letzterer fragte den Boblitz eindringlich, ob die Unterschrift des Beier echt sei. Boblitz bestätigte dies und versicherte, zugegen gewesen zu sein, als Beier den Wechsel unterschrieben habe. Märkens bestellte sie zum Empfang des Geldes zu sich nach Hause. Mittlerweile hatte aber Meier den Beier in Betriff des Wechsels über 35 Thlr. seine Wissenschaft mitgetheilt, der seinerseits erklärte, daß die Unterschrift darauf gefälscht sei. Beide machten sich auf den Weg, um Karowski und Boblitz aufzufinden; dabei trafen sie mit Herdemertens zusammen, mit welchem sie sich zur Polizei begaben und dort den Wechsel von 25 Thlr. deponierten. Später traf Beier mit Boblitz im „weisen Schwan“ zusammen. Er forderte den mit seiner Unterschrift gefälschten Wechsel von ihm; Boblitz erklärte, daß er einen solchen nicht besitze, beim Weggange des Beier flüsterte ihm Boblitz aber zu, daß er den Wechsel habe und ihm denselben morgen bringen werde. Am nächsten Tage erschien Karowski bei Beier und händigte diesem den bereits zerrissenen Wechsel über 35 Thlr. ein und bat dabei, Beier möchte die Sache auf sich beruhen lassen und ihn nicht unglücklich machen. Er erklärte ihm dabei, daß er den Namen Carl Beier auf den Wechsel gesetzt, nur habe Boblitz den Wohnungsvermiet hinzugefügt. Karowski bestreitet dies, er will überhaupt nicht wissen, wer die Wechsel gefälscht hat. Während er behauptet, Boblitz habe die Beier'schen Unterschriften besorgt, behauptet dieser, Karowski habe dies gethan. Durch das schreib-sachverständige Gutachten ist festgestellt worden, daß die Unterschrift Carl Beier von der Hand des Karowski herrührt. Daß Boblitz von der Fälschung Kenntnis gehabt, geht einmal aus seinem

Benehmen dem Meier gegenüber, sowie aus dem Umstand hervor, daß er dem Meier gegenüber den Besitz des Wechsels zuerst hartnäckig bestritt, dann aber einräumte, daß er den Wohnungsvermerk auf den Wechsel über 35 Thlr. gesetzt hat. Die Geschworenen sprachen das Schuldig aus. Der Gerichtshof verurteilte Karowski und Boblitz zu je 3 Jahren Zuchthaus, 200 Thlr. Geldbuße event. noch 3 Monate Zuchthaus.

Die heute verhandelte Anklagesache wider den Maurergießen Hollmann in Kl. Bölkau wegen vorläufiger Brandstiftung wurde vertagt; es soll aber noch in dieser Sitzungsperiode ein neuer Termin anberaumt werden.

Bermischtes.

In einer neulich gehaltenen Fastenpredigt erinnerte der katholische Pfarrer P. Weidinger in Wien gegen den Indifferentismus und Materialismus, dem die Fortschrittmänner der Gegenwart huldigen. Der erste Fortschrittmann der Neuzeit sei Dr. Faust gewesen, der, nachdem er Theologie, Medicin und Astronomie „mit heissem Bemühen“ studirt, sich von Zweifeln gequält, der Magie ergeben und dem Teufel verschrieben habe und nach 24jährigen Forschungen auch vom Teufel geholt wurde! Geistiger Wissensdrang, das eitle Streben, die unergründlichen Geheimnisse der Erde und des Himmels zu erforschen, die Wahrheit zu erkennen, die nur der Tod ausschließt, brachten seine Seele in's Verderben. Nur die katholische Kirche sei im Besitz der Wahrheit und himmlischer Geheimnisselehren, die jedoch der Mensch nicht begreifen könne, sondern glauben müsse....

Vor kurzem wurde ein gewisser Larisch wegen Verbrechens des Diebstahls zu fünf Monaten schweren Kerkers verurtheilt, während zwei seiner Collegen mit höheren Strafen bedacht wurden. Der Präsident, welcher den Verurtheilten über das Berufungsrecht belehrte, sagte zu Larisch: „Sie werden zufrieden sein, daß sie diesmal noch so billig herausgekommen sind.“ und Larisch antwortete: „Bergelt's Ihnen Gott tau-sendmal.“

Zwei sehr junge, außergewöhnlich schöne Mädchen mosaischer Confession sollten in Radomsk (Polen) ohne jede Neigung im fast noch kindlichen Alter zwei Jünglinge von gleichem Alter, etwa von 16—18 Jahren, heirathen, wie es die beiderseitigen Eltern untereinander verabredet hatten. Die beiden Mädchen hatten jedoch die Bekanntschaft zweier russischer Officiere gemacht, welche ihnen natürlich besser zusagten. Kurz, um der Zwangsheirath zu entgehen, ließen sich die beiden Mädchen nach Warschau entführen. Als dieselben noch am selben Tage vermischt wurden, fuhren Tags darauf die beiden Väter nach Warschau zu General Berg. Dieser hörte die Eltern an ließ alsbald die beiden Officiere und die entführten Mädchen aussuchen und sich vorführen; hier examinierte er die beiden Officiere, welchen nun nichts übrig blieb (da die Mädchen erklärten, zur griechischen Kirche überzutreten, und dann, wie es die Officiere ihnen versprochen hatten, dieselben zu heirathen), als zu erklären, daß sie gesonnen seien, auf die Heirath einzugehen. Noch denselben Tag wurden die beiden Mädchen getauft und bald darauf getraut. Ob bei den Officieren früher die ehrliche Absicht des Heirathens vorlag, mag sich jeder selbst beantworten.

Ein Goldarbeiter in Nachod, der bereits gegen zweihundert auf den böhmischen Schlachtfeldern gesammelte Granaten zu Leuchtern oder Aschbechern umgearbeitet hatte, fand am 26. d. bei dieser Beschäftigung ein schreckliches Ende. Eine Granate, die er zu entladen beabsichtigte, explodierte und zerriß ihn. Die Wirkung der Explosion war furchterlich. Ein Bein des Unglückslichen wurde bis an die Thür des Zimmers geschleudert, ein Stück Fleischmasse flog zum Fenster hinaus, die Gedärme lagen in einzelnen Fetzten in der Stube umher. Die Frau und die Gesellen des Verunglückten waren nur deshalb nicht ähnlichem Schicksal anheimgefallen, weil sie gerade nicht anwesend waren.

Der „Courrier de Saigon“ bringt als Beitrag zur Naturgeschichte die nicht sehr glaublich klingende Schilderung eines Fisches, der in der anamitischen Sprache Ca-ong heißt und schon mehreren Anamiten das Leben gerettet habe, weshalb ihm der König von Anam den Namen „Nam hai dai buong guan“ (großer General der Südsee) verlieh. Dieser Fisch habe die Gewohnheit, die Schiffe in der Nähe der Küste zu umschwimmen, und wenn er einen Menschen im Wasser sehe, packe er ihn mit dem Maul und trage ihn an's Land. Ein Skelett dieses merkwürdigen Meerbewohners befindet sich in Wung-tau, bei Cap St. James. Er sei ungefähr 35 Fuß lang, habe Stoßzähne fast wie ein Elephant, sehr große Augen, eine schwarze und glatte Haut, einen Schwanz wie die Hummer und auf dem Rücken zwei Schwingen.

Näthsel.

Von der 1 2 frisch weg zu reden
Ist nicht so leicht für Federmann,
Die 3 sieht man in vielen Läden,
Wo man für Geld sie haben kann.
Das Ganze sieht man unverdrossen,
Es lindert jede Hungersnoth,
Es wird von Federn gern genossen
Zum Frühstück, auch zum Abendbrot. L. B.

Schiff - Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 2. April:

1 Schiff m. Ballast.

Angekommen am 3. April.

Geddes, Alexandrine, v. Middlesbro, m. Roheisen, Kittens, Good Hope, v. Alloa; West, Taurua, v. St. Davids; Wilson, Blossom, v. Birth of Fort; Stevens, Ill Try, v. Dysart; Carrie, Anne Scott, v. Alloa; Mountain, Star Beam, v. Middlesbro; u. Noble, Eaglet, v. Dysart, m. Kohlen. Joiner, John Donker, v. Middlesbro, m. Eisen u. Coke. Sinclair, Runter, v. Wick, m. Heerlingen. — Ferner 4 Schiffe m. Ballast. Ankommend: 15 Schiffe. Wind: West.

Pörsen - Verkäuse zu Danzig am 3. April.
Weizen, 30 East, 122.31 pfd. fl. 540—653 pr. 85 pfd.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt
vom 1. bis incl. 2. April:
1548 East Weizen, 41 East Roggen.
Wasserstand 8 Fuß 7 Zoll.

Meteorologische Beobachtungen.

2	4	334,73	+	5,4	West mäßig, durchbrochen.
3	8	330,40	+	5,0	WW. stark bezogen.
12		330,80	+	4,0	West sturmisch, bedeckt.

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:

Domainen-Pächter Hagen a. Sobbowitz. Kaufm. Gutzeit a. Königsberg.

Hotel de Berlin:

Die Gutsbes. Knoff n. Gattin a. Prangschin, Hanne-mann a. Paleske u. Schwendig a. Golmkau. Rentier Bünschenmeyer a. Danzig. Die Kaufl. Gebauer a. Bromberg, Probstian a. Gleizau, Zobel u. Moses a. Berlin.

Hotel zum Kronprinzen:

Baumeister Buchinsky a. Garthaus. Die Kaufl. Toesten a. Fraulautern, Gabriel a. Graudenz, Meyer a. Elbing u. Wolken a. Bromberg.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Rittergutsbes. Lägen a. Bulkenow. Gutsbes. Hoffmann n. Sam. a. Pelplin. Rentier Otto a. Königsberg. Die Kaufl. Blumenthal a. Fürth u. Rek a. Magdeburg.

Hotel du Nord:

Hauptm. Frhr. v. Heynitz a. Dresden. Rittergutsb. v. Tevenar a. Saalau. Die Gutsbes. Kries a. Goisch und Uphagen a. Klein-Schlant. Fabrikant Escales a. Zweibrücken.

Walter's Hotel:

Rentier Ritter a. Lubatsch. Apotheker Behrendt a. Schönbaum. Kaufm. Seelig a. Berlin.

Hotel de Thorn:

Kreisrichter v. Belowitz nebst Familie a. Garthaus. Zahlmeister Liedke a. Danzig. Rentier Koch a. Elbing. Die Gutsbes. Hesse a. Krampelewitz u. Ziehm a. Willenberg. Die Kaufl. Gehrman a. Greifenberg, Kahnenberg a. Güstrow, v. Blumenau a. Hamburg und v. Arnold a. Danzig.

Um Strohhüte z. Wasch., Mod. und Färb. bittet August Hoffmann, Strohhutfabrik, Heil. Geistgasse 26.

Ein wenig gebrauchter Concert-Flügel billigt zu verkaufen
Hundegasse 104, 2 Tr.

Nothwein, schönste Qualität, à Fl. 8 Igr., Moselblümchen à Fl. 8½ Igr., süßer Ober-Ungar à Fl. 10 Igr., feiner Muscat-Lunel à Fl. 7 Igr., Jamaika-Rum à Fl. 10 Igr. zu haben in der Wein-Handlung Frauengasse Nr. 43.

Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, 4. April. (Abonn. suspendu.)

Zweites und vorletzes Gastspiel des Herrn Colomann-Schmidt, vom Stadt-Theater zu Hamburg. Die Stumme von Portici. Große Oper in 5 Akten von Auber. Masaniello — Herr Colomann-Schmidt.

Freitag, den 5. April. (Abonn. suspendu.)

Letztes Gastspiel des Kaiserl. russischen Hofchauspielers Herrn Alexander Köckert aus St. Petersburg. Das Glas Wasser, oder: Kleine Ursachen — große Wirkungen. Intrigenlustspiel in 5 Akten von Scribe. * Bolingbroke — Herr Köckert.**

Im großen Gewerbehaus - Saal.

Unwiderruflich finden die 2 letzten Vorträge des Mr. William Finn

Freitag u. Sonnabend, Abends 7½ Uhr, statt.
Preise bekannt. Billets im Gewerbehaus.

Noch nie dagewesen!

Die größten Natur - Seltenheiten.

Der Wunder-Ochse

aus der bayrischen Pfalz,
mit 5 Füßen und 3 Schulterblättern; — der fünfte Fuß ist 2 Ellen lang mit einer Menschenhand von 3 Fingern und dem Daumen.

1000 Thlr. Demjenigen, der ein Gegenstück zeigt.
Ferner:

Ein junges Kind

mit 6 Füßen, welchem außerdem noch 2 Hirschläufe angewachsen sind.

(Beide Thiere sind lebend zu sehen.)

Der Schauplatz ist Speicherinsel, vis-à-vis Herrn Consul Böhm, Hopfengasse Nr. 103.

Entre 2 Sgr. Militair ohne Charge und Dienstpersonal, sowie Kinder 1 Sgr.
Besitzerin Wwe. Wischropp.

100 Scheffel gelbe Saat - Lupinen von bester Qualität billig zu haben bei A. Ganswindt, Langenmarkt 36.

Wichtige Anzeige für Bruchleidende.

Wer die vorzüglichste Kurmethode des berühmten Schweizer Brucharztes Krüsi-Altherr in Gais, Kanton Appenzell, kennen lernen will, kann bei der Expedition dieses Blattes ein Schriftchen mit Belehrung und vielen Zeugnissen in Empfang nehmen.

Geschlechtskrank alter Art, insbesondere solche, welche an harnässigen, veralteten Nebeln oder den schweren Folgen der Selbstbefriedung leiden, finden, auch brieftlich, gründlich Hilfe bei dem ärztlichen Bureau in Leipzig, Neumarkt 9. Über die, von denselben erzielten ausgezeichneten Erfolgen handelt ausführlich das berühmte Buch des Dr. Krätsch: „Die Selbstbewahrung“, welches, jetzt in 70ter Auflage erschienen, in allen Buchhandlungen für 1 R. zu bekommen ist.

LOOSE

Dritte und letzte Serie
König Wilhelm-Vereins-Lotterie
Zichung im Juni dieses Jahres
find zu haben bei Edwin Groening.

Die Schuh- und Stiefel-Fabrik Langgasse Nr. 77,

empfiehlt die Fabrikate der Strafanstalt und eigenes Fabrikat in allen Sorten:

en gros

Schuhe und Stiefel

für Herren, Damen und Kinder.

Preise billigt laut Preis-Courant.

Bestellungen werden in 24 Stunden ausgeführt; ebenso alle Reparaturen.

Sohlen und Absätze für Knaben 15 und 17½ Igr.

Sohlen und Absätze für Herren 22½ Igr.

Besonders empfiehlt ich:

Knabenstiefel mit Schäften und Gummizug von 1 R. 10 Igr. bis 1 R. 25 Igr.

Größtes Lager Petersburger und anderer Gummischuhe.

Max Landsberg,

Langgasse Nr. 77.